

**STADT MUSS ANDERS!  
GESUNDE  
LEBENSBEDINGUNGEN  
BÜRGERBETEILIGUNG  
ENTSIEGELUNG  
UMBAU STATT  
ABRISS  
ARTENVIELFALT  
GRÜNERHALT  
ERHALT VON  
SPIELPLÄTZEN  
SCHUTZ DER  
BERLINER BÄUME**

## Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung

Wahlprüfsteine zur  
Wahl zum Abgeordnetenhaus  
von Berlin 2021

Klimafreundliche, nachhaltige  
und sozial gerechte  
Stadtentwicklung in Berlin

## WER WIR SIND – MITGLIEDER UNSERES BÜNDNISSES

- Bürgerbündnis zum Erhalt eines lebenswerten grünen Kiezes – Friedrichshain
- Mieterinitiative „Erhaltet unsere grünen Friedrichshainer Innenhöfe“ – Friedrichshain
- Aktionsbündnis Lebenswertes Wohnen in Friedrichshain-West
- Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße.V. – Pankow
- Schöneberger Bürger gegen Nachverdichtung „Mühlenberg Initiative“
- Bürgerinitiative Kietzer Feld und Wendenschloss – Köpenick
- Initiative Johannisthal Landfliegerstraße – Treptow
- Bürgerinitiative Kiefernwald-Adlershof – Treptow
- Bürgerinitiative „Rettet den Ilse-Kiez“ – Karlshorst/ Lichtenberg
- Initiative Lebenswertes Spindlersfeld – Köpenick
- Bürgerinitiative “Grüner Kiez Pankow”
- Bürgerinitiative „klimafreundliches Pankow“
- Bürgerinitiative auf dem lichten Berg – Lichtenberg
- Bürgerinitiative Jahnsportpark - Pankow
- Bürgerinitiative Grüne Westendallee e.V. – Charlottenburg/ Wilmersdorf
- Anwohnerinitiative Ernst-Thälmann-Park – Pankow
- Bürgerinitiative Vesaliuskiez – Pankow

## WOFÜR WIR STEHEN

Berlin benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum. Doch statt nachhaltig zu planen, wird derzeit nachverdichtet und versiegelt, wo bisher Grünoasen Frischluft für die Großstadt erzeugen und das Stadtklima sichern. Die zunehmende Versiegelung verschärft die negativen Auswirkungen des Klimawandels, sorgt für rasant steigende Temperaturen in der Stadt und bedroht die Gesundheit der Bevölkerung .

Bestehende Siedlungen und Wohnanlagen sind mit sinnvoller, bedarfsgerechter Infrastruktur (z.B. Kitas, Schulen, Sport- und Spielplätzen) und umliegenden Grün- und Sozialflächen geplant worden. Statt Nachverdichtung und Versiegelung benötigt Berlin eine nachhaltige Stadtentwicklung, bei der Stadtquartiere und Grün- und Sozialflächen unter Berücksichtigung des Klimawandels und der Pandemie geplant werden, Frischluftschneisen in alle Kieze gelegt und Flächen für weitere Stadtbäume entsiegelt werden.

Unser parteiunabhängiges “Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung” besteht aus derzeit 17 Initiativen. In stadtentwicklungspolitischen Diskursen vertreten wir die Stimme der BewohnerInnen und MieterInnen. Gemeinsam setzen wir uns ein für eine klimagerechte, nachhaltige und soziale Stadtentwicklung, insbesondere für den Erhalt von Grün- und Sozialflächen, den Schutz Berliner Bäume, für gesunde Lebensbedingungen, eine bedarfsgerechte Infrastruktur, Artenvielfalt, Entsiegelung, Umbau statt Abriss und echte Bürgerbeteiligung bei allen Projekten. Zur Erreichung dieser Ziele fordern wir die notwendigen Änderungen der Berliner Bau- und Planungsvorschriften, ebenso wie eine konsequente Steuerung seitens der Bezirke vor Ort.

## UNSERE FRAGEN

Mit unseren Wahlprüfsteinen zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021 möchten wir die parteipolitischen Einstellungen zu unseren Themenschwerpunkten in Erfahrung bringen und der Öffentlichkeit als Orientierungsmarke für Wahlentscheidungen zugänglich machen.

**Wir bitten um Rücksendung Ihrer Antworten als PDF oder Word-Datei bis zum 8. August 2021 an das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung unter folgender E-Mail-Adresse: [team@nachhaltigestadtentwicklung.berlin](mailto:team@nachhaltigestadtentwicklung.berlin)**

## KLIMAFREUNDLICHE STADTENTWICKLUNG

Berlins Stadtentwicklung steht auch aufgrund des jüngst gefassten Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur Nachbesserung im Klimaschutz vor großen Herausforderungen. Planung und Vollzug müssen so angepasst werden, dass sie ihren definierten Beitrag zum Erreichen des Klimaziels leisten.

### 1. Welche Lehren ziehen Sie für die Berliner Stadtentwicklungspolitik aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts?

Der Klimawandel und seine Folgen sind die größte Herausforderung unserer Zeit, und der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts bestätigt, dass die Maßnahmen und Ziele der aktuellen Regierung - auch hier in Berlin - in keinster Weise auch nur annähernd ausreichend sind.

Für Berlin müssen wir ALLES daran setzen, so schnell wie möglich, spätestens aber 2030, klimaneutral zu werden. Dazu gehören die Umstellung der Energieversorgung auf kohlefreie Energie, in dem z.B. eine Solardach-Pflicht eingeführt wird für alle geeigneten Dächer, in dem Vermieter und Hausverwaltungen verpflichtet werden, Häuser energetisch zu sanieren und klimaneutrale Kühlsysteme einzubauen, die Verkehrswende einzuläuten, indem schrittweise der Autoverkehr aus der Innenstadt verbannt wird, und vieles mehr.

Dieser Wandel muss sozialverträglich, d.h. nicht auf dem Rücken der sozial Schwachen und Armen ausgetragen werden, und es muss berücksichtigt werden, dass die Bürger:innen Verzicht ausüben und den Wandel akzeptieren lernen müssen. Aufklärung und Transparenz sind oberste Gebote.

Gleichzeitig müssen wir mit den schon bestehenden und noch kommenden Folgen der Klimakrise umgehen lernen, in dem wir beispielsweise versiegelte Flächen wieder in Natur umwandeln, um Überschwemmungen besser gewappnet zu sein, und weitere Maßnahmen.

### 2. Sehen Sie die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung in Berlin als einen Schwerpunkt Ihrer politischen Tätigkeit in der nächsten Legislaturperiode an?

Ja, diese Themen wurden bereits lange genug immer in die nächste Legislaturperiode geschoben. Wir haben nur diese eine Chance und müssen JETZT aktiv werden.

### 3. Falls ja: Welche Vorhaben planen Sie?

Hier enthält unser Wahlprogramm konkrete Punkte:

- Förderung des Fahrradverkehrs durch mehr, bessere, breitere und sichere Fahrradwege
- Bessere Trennung der Fahrradwege zum Autoverkehr
- Preise im ÖPNV senken, 365 € Ticket für aller Berliner:innen
- Mehr Photovoltaikanlagen auf Dächer oder Begrünung der Dächer
- Nachhaltigen Wohnungsbau fördern
- Ausbau des ÖPNVs, damit dieser flächendeckend nutzbar ist, und bessere Taktung
- Blühwiesen anlegen, Urban Gardening fördern, Kleingärten erhalten
- Verbot von Laubbläsern; Umstellung auf umweltfreundliche, lärmschonende, tierfreundliche Geräte ohne Verbrennungsmotor zur Pflege von Grau- und Grünflächen
- Wasserqualität ins Berlins Seen und Flüssen erhalten und verbessern durch aktiven Schutz vor schädlichen Einleitungen
- Aufklären über Entenfüttern
- Naturgerechte Uferbepflanzung
- Feuerwerk durch umwelt-, tier- und pflanzenfreundliche Alternativen ersetzen
- Verpackungsmüll in der Gastronomie (To-Go-Geschirr) durch umweltfreundliche, wiederverwendbare Alternativen ersetzen
- Förderung von Unverpacktläden und Repair-Cafés
- Mehr Mülleimer, umweltbewusste Parkpflege, Schaffung und Erhaltung grüner Oasen für

P

A

3

E

1

## VERSORGUNG MIT GRÜNINFRASTRUKTUR

In Zeiten des Klimawandels ist eine umfangreiche wohnungsnahe Grünversorgung für alle StadtbewohnerInnen unersetzlich (Klimafolgenmonitoring Berlin, Sachstandsbericht 2016, S. 25).

In den vergangenen Jahren wurde die erforderliche Versorgung mit Grüninfrastruktur jedoch stiefkindlich behandelt, während Neubauzahlen stark im Fokus der Berliner Politik, Verwaltung und der Öffentlichkeit standen. Auch in Bereichen mit festgestellter Unterversorgung an wohnungsnahe Grünflächen wird durch eine überwiegende Genehmigungspraxis nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) - einfaches Baugenehmigungsverfahren - unkontrollierte Nachverdichtung bewilligt, ohne dass parallel die erforderliche Grünentwicklung geschieht.

Die Grünplanung darf nicht länger der Bauplanung untergeordnet bleiben.

1. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für den Erhalt und eine verbesserte Pflege von Grünflächen einsetzen? Welche Handlungsschwerpunkte werden Sie verfolgen?

Ja. Die Straßenbäume, grünen Innenhöfe und Parks tragen maßgeblich und auf vielfältige Weise zur Lebensqualität in unserer Stadt bei, sind aber gefährdet. Gerade die Stadtbäume an den Straßen leiden unter Wassermangel, in geschwächtem Zustand unter Schädlingen, an dem Feinstaub durch den Straßenverkehr aber auch durch Urin von Hunden.

Handlungsschwerpunkte sind hier:

- Ausbau von Grün- und Blühflächen für Insekten
- Erhalt der Kleingärten
- Erhalt der städtischen Biotope und Verhinderung von Bebauung (z.B. Moorlinse Buch, Pankower Tor)
- Durch die notwendige Trockenlegung der heimischen Moore wird die Berliner Artenvielfalt sowohl der Tiere als auch der Natur stark gefährdet, da der notwendige Lebensraum entfällt, dies wirkt sich langfristig auf die gesamte Berliner Lebensqualität aus
- Nachhaltige Bewässerung der Parks bei Trockenheit bzw. Nachpflanzung von trockenheitsresistenten Arten
- Rettung der Stadtbäume bzw. Nachpflanzung von trocken- und wärmeresistenten Arten
- Statt Nachverdichtung Sanierung leerstehender Häuser, hier müssen Genehmigungen erleichtert werden
- Gesetzgebung anpassen, so dass Grünentwicklung gleichzeitig mit Bauplanung berücksichtigt werden muss

2. Verfolgt Ihre Partei das Ziel, die Versorgung mit wohnungsnahem Grün in Berlin - auch quantitativ - zu verbessern? Welche Lösungsansätze sehen Sie, um Unterversorgung entgegenzuwirken?

Hier sehen wir viel Potential darin, Innenhöfe zu entsiegeln, so dass Grünflächen angepflanzt werden können. Wir setzen uns wie oben beschrieben weiterhin für den Erhalt und die Stärkung wohnungsnaher Kleingärten ein.

3. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass je Verwaltungsbezirk analog zu sogenannten Schulentwicklungsplänen auch „Grünversorgungsentwicklungspläne“ eingeführt werden?

Ja, denn alle Lebewesen profitieren von dem ausgleichenden und beruhigenden Effekt der Natur. Es ist sehr sinnvoll, die Grünversorgungsentwicklungspläne bindend zu gestalten, damit die Landesregierung verpflichtet ist, diese einzuhalten und so mehr Grün geschaffen wird.

4. Wie kann ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den erforderlichen Grün- und Bauflächen

sichergestellt werden?

Durch gesetzliche Vorgaben. In unserem Bundesprogramm fordern wir, die Umwandlung bestehender Lebensräume von Tieren zum Zweck der Nutzung durch den Menschen auf ein Mindestmaß zu reduzieren, und den Landschaftsbedarf stark einzuschränken.

Die Gratwanderung hier ist natürlich schwierig - in Berlin fehlt Wohnraum und deswegen wird nachverdichtet. Es ist deshalb sinnvoll, gesetzliche Vorgaben zu schaffen, in dem z.B. bei Neubauvorhaben die erforderlichen Grünflächen an die Größe der Grundfläche gekoppelt werden. Außerdem muss es Anreize geben, "in die Höhe" zu bauen, so dass für viele Menschen nur wenig Grundfläche versiegelt werden muss. Aufstockungen von Mietwohnungen auf ebenerdige Supermärkte und Verkleinerung der oft übermäßig groß anberaumten Parkplatzflächen sind u.a. Lösungsansätze.

5. Wie stehen Sie zur Realisierung von Bauvorhaben in Planungsgebieten mit quantitativer Unterversorgung an (öffentlichen) Grünflächen?

Sollten Bauvorhaben in solchen Gebieten reglementiert oder untersagt werden können?

Welche (gesetzgeberischen) Lösungsansätze sehen Sie in Berlin und werden Sie sich dafür einsetzen?

Bauvorhaben in Planungsgebieten mit Unterversorgung an Grünflächen sollten grundsätzlich stark reglementiert werden und erfordern zunächst die Prüfung anderweitiger Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum, z.B. durch Rückführung von Ferienwohnungen in Mietwohnungen, Nutzung bereits versiegelter Flächen oder auch Sanierung von Leerstand.

## BAUMSCHUTZ

Die Berliner Bäume sind zunehmend in Gefahr. Sie leiden unter schlechten Standortbedingungen und der anhaltenden Trockenheit. Bei Bauvorhaben haben die Naturschutzbehörden kaum Möglichkeiten, sich für den Erhalt wertvoller Bäume einzusetzen. Nur unwesentlich störende Bäume können überhaupt geschützt werden, alle anderen Fällungen müssen genehmigt werden. In der Folge nimmt der Baumbestand in der Stadt seit Jahren ab, womit zugleich die Zerstörung des Lebensraums für Insekten, Vögel und andere Tiere voranschreitet.

1. Wird Ihre Partei sich in der nächsten Legislaturperiode für den Erhalt und für eine verbesserte Pflege der Berliner Stadtbäume einsetzen? Falls ja: Welche Handlungsschwerpunkte werden Sie verfolgen?

Auf jeden Fall. Maßnahmen sind hier:

- Größere Baumscheiben für Straßenbäume. Versiegelte Flächen müssen hier entfernt werden, um Regenwasser besser durchzulassen.
- Bei Neuanpflanzungen werden heimische Bäume bevorzugt. Diesen muss ausreichend Erdreich zur Verfügung gestellt werden, um ein Anwurzeln überhaupt erst zu ermöglichen.
- Schutz des Erdreichs dieser Bäume vorm "Zertrampeln" durch Fußgänger, weil dadurch der Boden zu fest wird und Wasser und Mineralstoffe schlechter aufgenommen werden können
- Förderung von Baumpatenschaften
- Übergabe der Straßenbäume in die Verantwortung von Hausverwaltungen (ähnlich wie der Winterdienst) und den Bewohnern. Die Hausverwaltungen müssen hierbei finanziell unterstützt werden, aber auch in die Pflicht genommen werden.
- Bewässerung bei anhaltender Trockenheit, ggf. Wassersäcke
- Bei Notwendigkeit Neupflanzen dürreresistenter Bäume
- Im Winter muss der nachhaltige Umgang mit Streugut sichergestellt werden, und außerdem die Streugutbeseitigung gewährleistet sein.

2. Wie stehen Sie zu einer Reform der Berliner Baumschutzverordnung (BaumSchVO) dahingehend dass

- a) die Ausnahmetatbestände (§ 5 BaumSchVO) zugunsten des Baumschutzes auf ein Minimum eingeschränkt werden - insbesondere bei Bautätigkeit oder geplanter Versiegelung von

Grundstücksflächen?

- b) eine Verpflichtung für Eigentümer und Nutzungsberechtigte aufgenommen wird zur weitestmöglichen Anpassung geplanter Bauvorhaben mit dem Ziel des Erhalts bestehenden Baumbestands?
- c) die Fällung von Bäumen nur noch als "letztes Mittel" genehmigt werden darf?
- d) bei Fällungen die Ersatzpflanzung als Regelfall des ökologischen Ausgleichs definiert wird und die Zahlung einer Ausgleichsabgabe nur noch im begründeten Ausnahmefall möglich ist?  
(Bislang handelt es sich nach § 6 Abs. 1 BaumSchVO Berlin um zwei gleichwertige Alternativen, zwischen denen der Antragssteller einer Baumfällung wählen darf.)
- e) Ersatzpflanzungen baufeldnah (Umkreis von 500 m) erfolgen müssen?
- f) die Möglichkeiten von Ersatzpflanzungen auf öffentlichen Flächen zusätzlich gestärkt werden?
- g) im Rahmen von Ersatzpflanzungen stets mindestens dieselbe Zahl von Bäumen nachzupflanzen ist, wie gefällt wurde?

Einer Reform dieser Paragraphen stehen wir positiv gegenüber:

2a) Sollen aufgrund einer geplanten Bebauung Bäume gefällt oder Grünflächen versiegelt werden, so sollen diese Pläne einer genaueren und holistischen Schaden-Nutzen-Prüfung unterzogen werden hinsichtlich folgender Fragestellungen:

- Wie notwendig ist die Bebauung?
- Gibt es alternative Flächen?
- Gibt es Möglichkeiten, die Bebauung vorzunehmen, ohne das die bestehenden Grünflächen und Bäume Schaden nehmen?
- Bei einzelnen Bäumen: können diese versetzt werden, ohne das der Baum Schaden nimmt?
- Welche Schäden für Tiere, Pflanzen und Menschen entstehen durch die Bebauungspläne?

Es ist sicherlich nicht möglich, jeden Baum und jede Grünfläche zu retten, aber der Zersiedlung und Versiegelung muss Einhalt geboten werden und bestehende Biotope müssen erhalten bleiben. Es muss also jedes Bauvorhaben unter den o.g. Gesichtspunkten genau geprüft werden.

2b) Ja, Eigentümer und Nutzungsberechtigte sollen verpflichtet werden, die bestehenden Grünflächen und Baumbestände zu erhalten.

2c) Ja, siehe oben

2d) Ja.

2e) Wenn dies möglich ist.

2f) Bedingt. Wir wollen Eigentümern keinen Blanko-Check ausstellen, in dem ihnen die Möglichkeit gegeben wird, Ersatzpflanzungen auf öffentliche Flächen, und nicht ihrem eigenen Grundstück durchzuführen. Auf der anderen Seite ist es natürlich sinnvoll, Raum für Ersatzpflanzungen anzubieten, wenn es keine andere Möglichkeit gibt.

2g) Ja, sonst ist es keine sinnvolle Ersatzpflanzung.

Wir als "Partei Mensch Umwelt Tierschutz" sehen, dass der Mensch ohne Umwelt und Tiere nicht leben kann. Der Erhalt von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen ist daher ein sehr grundlegendes, wichtiges Anliegen unserer Partei.

3. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass bei Bauvorhaben von Beginn an (im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nach § 34 BauGB genauso wie bei Aufstellung von B-Plänen) die notwendigen Baumaßnahmen-Nebenflächen (Fahrwege, Aufstellung von Bauinfrastruktur) unter Gesichtspunkten des Baum- und Naturschutzes berücksichtigt werden müssen?  
Falls ja: Werden Sie sich für eine Gesetzesinitiative zur Verhinderung daraus resultierender Naturschäden einsetzen?

Wir setzen uns für die Berücksichtigung von Baum- und Naturschutz von Baubeginn an ein, selbst für Baumaßnahmen-Nebenflächen. Dadurch sollen Naturschäden von vornherein so gering wie möglich gehalten werden. Bebauungspläne müssen bestehende Baumpflanzungen und Lebensräume von Tieren berücksichtigen, und notwendige ÖPNV-Routen müssen unter Umweltgesichtspunkten ausgewählt werden, z.B. Bau einer Straßenbahn anstelle einer U-Bahn.

4. Für die Realisierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Berlin muss die Rolle der für den Natur-, Baum- und Klimaschutz zuständigen Gremien und Fachämter gegenüber den Baubehörden gestärkt werden. Werden Sie sich dafür einsetzen? Welche Möglichkeiten sehen Sie?

Um die Interessen des Klimaschutzes stärker durchsetzen zu können muss das Stimmrecht von Natur-, Baum- und Klimaschutzgremien gestärkt werden. Die notwendigen gesetzlichen Grundlagen müssen geschaffen, und Gesetzeslücken geschlossen werden.

## BAUWESEN/RESSOURCENSCHONUNG

Das Bauwesen verursacht lt. Umweltbundesamt mit rund 215 Mio. t jährlich den größten Abfallstrom in Deutschland und verantwortet mehr als die Hälfte des gesamten Abfallaufkommens. Nur 7 % dieses Abfalls werden in Gebäuden recyclet. Der Rest wird im Straßenbau als Schotter verwendet oder deponiert, was jährlich ca. 100 Mio. km Lkw-Fahrten verursacht. Selbst scheinbar unendliche Ressourcen wie Sand (am Meer) werden bereits so knapp, dass sie zunehmend durch kriminelle Strukturen illegal abgebaut werden. Für eine Branche mit ca. 870.000 Beschäftigten, die ca. 5,6 % zum BIP beiträgt, sind das beschämende Fakten (Angaben aus DBT Drs. 19/23152).

Am 10. Dezember 2019 hat der Berliner Senat auf Vorlage von Klimaschutzsenatorin Regine Günther als erstes Bundesland die Klimanotlage anerkannt. Berlin verfolgt eine Zero-Waste-Strategie und fordert in der Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt (VwVBU) eine Lebenszyklusbetrachtung. Dennoch werden auch in Berlin unverändert zahlreiche Bauten abgerissen, die oftmals nur wenige Jahrzehnte alt sind. Aktuell soll z.B. nach dem Willen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin das erst 1987 errichtete Cantian-Stadion abgerissen werden. An der Stelle eines bestehenden Stadions mit 20.000 Sitzplätzen soll ein Stadion-Neubau mit ebenfalls 20.000 Sitzplätzen errichtet werden.

Ein zukunftsweisendes Gegenbeispiel stellt die diesjährige Vergabe des international renommierten Pritzker-Preises an das französische Architekturbüro Lacaton Vassal dar. Dieses Büro ist v.a. für seine minimal-invasiven, bestandserhaltenden Um- und Weiterbauten weltbekannt. Diese Auszeichnung zeigt einen deutlichen Paradigmenwechsel auf, wie er auch im Manifest „Das Haus der Erde“ des Bundes Deutscher Architekten zum Ausdruck kommt.

1. Wie beurteilen Sie ein Vorhaben, bei dem ein Neubau gleicher Kapazität und Funktion einen noch jungen Bestandsbau ersetzen soll, aus dem alleinigen Grund von gestiegenen Anforderungen des Deutschen Fußball-Bundes an Profi-Stadien?

Die Bauwirtschaft ist nicht nur größter Abfallverursacher und großer Ressourcenfresser; die Betonindustrie verursacht auch 6-8% des weltweiten CO<sub>2</sub> Ausstoßes. Die Tierschutzpartei stimmt hier ganz und gar mit Ihnen überein: bestehende Gebäude sollen genutzt, saniert, um- und ausgebaut werden, anstelle das abgerissen und neu gebaut wird. Das ist aus Ressourcen-, Klima- und Umweltgesichtspunkten nicht mehr zeitgemäß.

Der DFB täte gut daran, sich zum Klimaschutz zu bekennen und für die vielen Fußball-Fans ein Vorbild zu sein, ähnlich wie bei der bekannten Rassismus-Kampagne.

2. Sehen Sie die Notwendigkeit stärkerer Ressourcenschonung im Berliner Bauwesen? Falls ja, mit welchen Instrumenten wollen Sie diese umsetzen?

Ja, diese Notwendigkeit besteht. Hier muss mit Gesetzesvorgaben gehandelt werden. Die Zeit ist viel

zu knapp für freiwillige Maßnahmen in Eigenregie. Hier wollen wir ein unabhängiges Gremium auf Landesebene schaffen, das die Nachhaltigkeit im Bauwesen sicherstellt.

3. Wie kann, Ihrer Meinung nach, dem Erhalt bestehender Bausubstanz besser Rechnung getragen werden? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

Es gibt in Berlin viele leerstehende und halb verfallene Gebäude. Diese zu sanieren ist oft (und zu Unrecht) teurer als der Neubau.

Die Tierschutzpartei setzt sich deswegen dafür ein, beim Neubau die vollen Kosten nach dem Verursacherprinzip anzusetzen. Das bedeutet, dass für die für den Neubau notwendigen aus der Erde entnommenen Ressourcen und den so entstandenen Schaden an der Umwelt Ausgleichszahlungen notwendig sind, genauso wie für die Schäden für den Transport usw. – damit würde eine Sanierung oder Modernisierung am Ende viel preiswerter sein als ein Neubau.

Außerdem möchte die Tierschutzpartei die Kreislaufwirtschaft fördern. Bestehende Bauteile, die in der Substanz nicht zerstört ist (z.B. einzelne Betonteile oder auch Fenster) würden dann im neuen Gebäude eingebracht werden können.

Hierzu braucht es schlaue Architekten und neue Ideen. Ein Wettbewerb kann hierzu die richtigen Anreize liefern.

Sollte Neubau notwendig sein, dann muss künftig auf Modularität, Nachhaltigkeit, Reparierbarkeit und Erweiterbarkeit Wert gelegt werden, um die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen

4. Momentan werden Bedarfsprogramme unabhängig von den vorhandenen Bestandsbauten entwickelt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass künftig zunächst die Potentiale des Um- und Weiterbaus festgestellt und die Bedarfsplanungen daran angepasst werden? Falls ja: Mit welchen Instrumenten wollen Sie das erreichen?

Ja, das werden wir. Die Zeiten des "alles neu" sind vorbei - wir müssen lernen, mit Vorhandenem sorgsam und nachhaltig umzugehen. Wie oben beschrieben, dürfen Neuanschaffungen nicht mehr preiswerter sein, als das Alte aufzubessern und weiterzuentwickeln.

Kostenvoranschläge für beide Optionen - Sanierung/Umbau versus Neubau - müssen eingeholt werden; Bausachverständige die vorhandene Bausubstanz prüfen und die Möglichkeiten der Modernisierung evaluieren. Generell sollen die ganzheitlichen Kosten betrachtet werden, d.h. auch die für die Entnahme von Rohstoffen aus der Erde und die Beseitigung der dadurch entstehenden Umweltschäden (siehe Beispiel Beton), dem nachhaltigen Recycling des sog. "Abfalls" des alten Gebäudes, usw.

Diese Evaluierung soll verpflichtend werden.

5. 2014 wurde dem Abgeordnetenhaus von Berlin eine im Auftrag von SenIDS mit Beteiligung von SenSW erstellte Machbarkeitsstudie zum Jahn-Sportpark vorgelegt, in der die Möglichkeiten eines Umbaus nicht einmal geprüft wurden. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ressourcenschonendes Weiterbauen bei künftigen Projekten zwingend als Option geprüft werden muss? Falls ja: Mit welchen Instrumenten?

Ja, wie bereits geschrieben, soll künftig geprüft werden, ob Sanierung/Umbau möglich ist. Das wird auch die Aufgabe des Gremiums für nachhaltiges Bauwesen werden.

6. In der Vergangenheit hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen häufig Aufträge anderer Ressorts im Sinne einer reinen Baudienststelle bearbeitet. Wir sind der Meinung, dass dies zu kurz greift und von einer Senatsverwaltung mehr erwartet werden muss: Als Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat die Behörde bei jedem Projekt grundsätzlich alle relevanten Aspekte der Stadtentwicklung zu betrachten. Diese Expertise kann von den bestellenden Ressorts nicht erwartet werden. Umso wichtiger ist es, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sich dieser Verantwortung bewusst ist und die Aufgabe annimmt.

Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja: Werden Sie sich dafür einsetzen und mit welchen Mitteln?

Die Tierschutzpartei setzt sich dafür ein, dass alle Entscheidungen auf Basis wissenschaftlicher Forschung getroffen



werden. Das bedeutet auch, dass Wissenschaftler:innen zu Rate gezogen werden, um Modelle zu erstellen und am Rechner zu planen, bevor im realen Leben umgesetzt wird.

Da die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hier die Genehmigungen an die Ressorts vergibt ist es unerlässlich, dass sich diese ihrer Verantwortung bewusst ist und im Zweifel Expert:innen zur Rate zieht.

Auch die Möglichkeit der in dieser Frage geforderten ganzheitlichen Betrachtung – z.B. der Einfluss von stadtentwicklerischen Maßnahmen auf sichere Schul- und Kitawege, auf Biotope, auf die Wärmeentwicklung und Verdunstung, auf die Versorgung und die unzähligen weiteren Aspekte gehören in die Hände von Wissenschaftler:innen. Hier müssen Wissenschaftler:innen aus verschiedensten Forschungsrichtungen vernetzt und entsprechende Forschungen zügig in Auftrag gegeben werden.

### NACHVERDICHTUNG/MIKROKLIMA

Nahezu alle in Berlin laufenden bzw. geplanten Baumaßnahmen zur Verdichtung von bestehenden Wohnkomplexen und -gebieten gehen einher mit einer massiven Reduzierung von Grün- und Freiflächen und sogar Spielplätzen sowie der Vernichtung von wertvollem altem Baumbestand.

Die Anzahl der tropischen Nächte in Berlin hat sich laut Statistik in den letzten 10 Jahren vervierfacht. Viele ehemals bestehende Luftschneisen laut Klimaatlas Berlin 2015 sind zwischenzeitlich durch Neubauten schon zerstört bzw. werden zerstört. Nachverdichtungsvorhaben wirken sich negativ auf das Mikroklima vor Ort sowie auf das gesamte Klima in Berlin aus und erhöhen die bioklimatischen Belastungen der BewohnerInnen.

Unserer Meinung nach darf Stadtentwicklung in Zeiten des Klimawandels nicht mehr nach dem unreflektierten Schema "Bauen! Bauen! Bauen!" betrieben werden. Auch in der Wohnungspolitik müssen zukunftsfähige Konzepte wie beispielsweise die Aktivierung von Leerständen durch Gebäudeumnutzungen (Büros, Fabriken, Shoppingcenter) bei gleichzeitiger Herstellung zusätzlicher Grünanlagen und dem Schutz vorhandener Grünflächen umgesetzt werden.

1. Setzt sich Ihre Partei für eine Abkehr vom Dogma der baulichen Verdichtung im Rahmen der Innenentwicklung ein?

Ja, der Verdrängung der Natur muss Einhalt geboten werden. Dies ist so auch in unserem Wahlprogramm für Berlin verankert. Erst wenn keine andere Option (Aufstockung, Nutzung von Leerständen) mehr möglich ist, kann über Nachverdichtung gesprochen werden. Es muss bei der Entscheidung zur Nachverdichtung auch der ursprüngliche Berliner Bebauungsplan berücksichtigt werden, um die eingeplanten Frischluftschneisen zu berücksichtigen und nicht weiter zuzubauen, als dies bereits geschehen ist.

Zudem müssen wir auf Bundesebene die Ursachen der Wohnungsknappheit angehen, indem wir die Attraktivität der umliegenden Dörfer erhöhen (schnelles Internet, Versorgung, Infrastruktur), so dass diejenigen Berliner:innen, die gern ins Grüne ziehen wollen, das auch ohne Einbußen der Lebensqualität machen können. Hier ist es zusätzlich von Nöten, dass - wenn möglich - das Home Office für alle Angestellten anzubieten, so dass das Pendeln zum Arbeitsort wegfallen kann.

2. Wird sich Ihre Partei gegen die Verdichtung und für den Erhalt von Bäumen, grünen Freiflächen und Spielflächen in bestehenden Wohnquartieren einsetzen? Wenn ja, wie/ mit welchen konkreten Instrumenten?

Wie oben beschrieben, sollen leerstehende Gebäude erneuert werden, bevor neue gebaut werden, Parkflächen reduziert und bestehende Gebäude (Kinas, Supermärkte) aufgestockt werden. Die "grüne Stadt" in Singapur zeigt, dass hohe Gebäude nicht zwangsläufig karg und grau aussehen müssen, sondern schafft in großer Höhe auf verschiedenen "Etagen" eigene Naturräume und erlaubt selbst Urban Gardening zur Eigenversorgung. Die Begrünung von Häuserdächern und -wänden ist in unserem Berliner Umsetzungsprogramm festgesetzt, ebenso wie der Ausbau und Erhalt von Grünflächen in der Stadt.

## GESUNDHEIT

„Städte sind im Vergleich zum Umland oft stärker belastet durch Überwärmung, hohe Konzentration von Feinstaub und anderen Luftschadstoffen sowie durch Lärm. [...] Der Klimawandel wird diese Belastungen erheblich verstärken. [...] Solche Belastungsfaktoren führen [...] zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und zu erhöhten Krankheits- und Sterblichkeitsraten. [...] Über ihre regulierenden Ökosystemleistungen hilft die Stadtnatur, die geschilderten Belastungen zu reduzieren. So binden Bäume und andere Vegetationselemente Feinstoff und weitere Luftschadstoffe [...] und mindern über Beschattung und Verdunstungskühle die Hitzebelastung.“ (S. 25) „Stadtnatur vermindert nicht nur Umweltbelastungen, sondern begünstigt auch unmittelbar die physische und psychische Gesundheit der Menschen.“ (S. 26)  
([https://www.ufz.de/export/data/global/190506\\_TEEB\\_DE\\_Broschuere\\_KF\\_Bericht3\\_Stadt\\_BF.pdf](https://www.ufz.de/export/data/global/190506_TEEB_DE_Broschuere_KF_Bericht3_Stadt_BF.pdf))

Das vergangene Jahr war in Berlin das heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Etwa 490 Menschen sind 2020 an den Folgen der großen Hitzewelle in Berlin gestorben. Das geht aus Berechnungen des Robert-Koch-Instituts hervor. „Als Folge des Klimawandels treten in Deutschland seit etwa der Jahrtausendwende Hitzewellen in einer ungewöhnlichen Häufigkeit auf“, schreibt das Institut in seinem Bericht. "Starke und/oder längere Hitzewellen führen dabei regelmäßig zu einer erhöhten Mortalität, besonders in den älteren Altersgruppen."  
([https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/Ausgaben/23\\_19.pdf?blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/Ausgaben/23_19.pdf?blob=publicationFile))

Dringender Handlungsbedarf liegt damit auf der Hand. Bereits 2011 arbeitete der Stadtentwicklungsplan Klima die Anpassung Berlins an die Folgen des Klimawandels als zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung heraus.  
([https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/download/klima/step\\_klima\\_broschuere.pdf](https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/download/klima/step_klima_broschuere.pdf), S. 24 f.)

1. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für eine gesundheitsfördernde Klimaresilienz Berlins einsetzen? Wenn ja: Welche Werkzeuge/Maßnahmen werden Sie ergreifen?

Ja, das müssen wir auch!

Wichtigster Schritt ist hier die Prävention. Wir müssen verhindern, dass beispielsweise die klimabedingte extreme Hitze der letzten Jahre unsere Böden austrocknet, sich die Stadt aufheizt, die Bäume hitzebedingt kein CO<sub>2</sub> mehr binden können, oder auch, dass die Menschen sich klimaschädliche Klimaanlagen anschaffen müssen.

Die Abschaltung der Kohleenergie ist damit vorrangiges Ziel. Sonnenkollektoren müssen auf alle geeigneten Dächer. Das Stromnetz muss so gestaltet werden, dass Stromniveauschwankungen ausgeglichen werden können und Öko-Energie besser gespeichert werden kann.

Aber auch innerstädtisch können wir umgestalten - Moore und die Stadtwälder müssen renaturiert werden, Gewässer vor Verschmutzung geschützt werden (z.B. in dem auch für Waschmittel strengere Vorgaben durchgesetzt werden), es muss Vorgaben für die Entsiegelung des Bodens geben, so dass der Boden Regenwasser besser speichern kann. Auch architektonische Zielstellungen für Neubauten müssen festgeschrieben werden hinsichtlich nachhaltiger und natürlicher Dämmung, kühlenden Schattenbereichen wie Atrien, bewachsenen Fassaden und Dächern, und nachhaltigen Wärme- und Kühlvorrichtungen.

Gleichfalls muss Berlin in Wassernähe zu einer Schwammstadt umgebaut werden, und unterirdische Wasserspeicher gebaut werden, die Auffangbecken für die klimawandelbedingten Starkregen bilden und gleichzeitig ein Wasserreservoir für Trockenperioden sind.

Auf der anderen Seite müssen wir uns damit auseinandersetzen, wie mit den Folgen des Klimawandels umzugehen ist. Wie können wir gewährleisten, dass ältere Menschen und Kleinkinder die Hitze gesund überstehen? Wie gehen wir als Gesellschaft mit den Schäden an Häusern um, die durch Überflutungen oder umstürzende Bäume entstehen? Welche Vorbereitungen braucht es, Klimaflüchtlinge aus anderen Ländern aufzunehmen? Wie stellen wir unsere Versorgung mit Lebensmitteln sicher? Diese Fragen sind derzeit noch unbeantwortet, und Lösungen

müssen alsbald gefunden werden.

2. Grüne Gemeinschaftsflächen sind Orte der Begegnung von Jung und Alt. Sie wirken der zunehmenden Vereinsamung und Isolation in unserer Gesellschaft entgegen. Sie dienen nicht nur dem Erhalt der psychischen und körperlichen Gesundheit der BürgerInnen, sondern sind auch für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft von essentieller Bedeutung. In der Corona-Pandemie ist die Notwendigkeit grüner Sozialflächen noch deutlicher geworden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Gemeinschaftsflächen geschützt und als solche weiterentwickelt werden? Wenn ja: Wie?

Ja, wie oben in Abschnitt "Versorgung mit Grüninfrastruktur" bereits geschrieben, wollen wir Spielplätze, Innenhöfe und Parks schützen, erweitern und weiter begrünen, so dass diese als Begegnungsstätten Erholung bieten können.

3. Wie eingangs beschrieben, verringert sich der Baumbestand Berlins seit Jahren drastisch. Das Fehlen beschatteter Orte geht mit einem deutlich gestiegenen Hautkrebsrisiko einher. Durch die Abnahme schattiger Spielplätze und -flächen wird die ohnehin hoch gefährdete Gruppe der Kinder besonders stark belastet.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Stadtentwicklung dieser gesundheitlichen Gefährdung entgegenwirkt?

Wir wollen weiterhin den Kindern ermöglichen, an der freien Luft zu spielen und die gesundheitlichen Vorteile der Sonne zu genießen. Dazu braucht es aber auch den schützenden Schatten der Bäume, um eine zu starke Sonneneinstrahlung abzufedern. Deshalb sollten Bäume gerettet und verloren gegangene Bäume ersetzt werden, am besten durch trockenheitsresistente Arten.

Weiterhin braucht es Aufklärungskampagnen zum UV-Wert und der besonderen Gefahr für Babys und Kinder, und zwar über Funk, Fernsehen, Tagespresse und Internet.

4. Spezielle Notfallpläne für Gesundheitsprobleme durch große, langandauernde Hitze wurden unter anderem in Spanien, den Niederlanden und Frankreich aktiviert. In Deutschland sind Notfallpläne zur Versorgung hitzegeschädigter Menschen in Großstädten bisher nicht vorhanden. Die Feuerwehr hat aufgrund dessen im August des letzten Jahres erstmalig den Notstand in Berlin ausgerufen.

Werden Sie sich für berlinweite Hitze-Notfallpläne einsetzen? Wenn ja: Wie können diese aussehen?

Das ist notwendig.

Basis ist hier eine Aufklärungskampagne und eine offizielle Hitzewarnung, die dann einen Startschuss gibt, Hitzemaßnahmen einzuleiten.

- Es müssen insbesondere Ältere, Obdachlose und Kinder geschützt werden.
- In Pflegeeinrichtungen müssen Wasser gereicht und kühlende Maßnahmen, z.B. kalte Unterarm- oder Fußbäder bzw. kühlende Kleidung angeboten werden.
- Trinkwasserflaschen sind an Obdachlose verteilen.
- In Kitas können im Schatten Planschbecken aufgestellt werden und den Kindern verstärkt Getränke (Tees, Wasser) angeboten werden.
- In Schulen findet kein Sportunterricht statt.
- Für besonders von der Hitze Betroffene, z.B. Bewohner:innen von Dachgeschosswohnungen, Obdachlose, sollen temporäre Alternativunterkünfte angeboten werden
- Für unter der Hitze leidende Tiere müssen zahlreiche von der Stadt Wasserstellen aufgestellt werden. Hier braucht es Aufklärungskampagnen der Stadt, die sich an Haustierbesitzer, aber auch an alle anderen Bürger:innen richtet, denn auch alle anderen Tiere wie Insekten, Vögel, in der Stadt lebende Wildtiere müssen vor der Hitze und der Trockenheit geschützt werden.
- Die Brunnen der Stadt sollen in Hitzezeiten betrieben werden, damit Tiere daraus trinken können, die Umgebungstemperatur gesenkt und die Luft befeuchtet wird.
- Zeitungen, Fernseh- und Radiostationen rufen die Bürger:innen auf, sich hitzekonform zu verhalten und diejenigen zu unterstützen, die dazu nicht mehr in der Lage sind.

Wie oben bereits beschrieben, ist eine verbesserte Dämmung der Häuser auch aus dem Gesichtspunkt der immer heißer werdenden Sommer absolut notwendig.

## BÜRGERINNENBETEILIGUNG

Die grundlegende Verbesserung der Beteiligung der BürgerInnen an der Stadtentwicklung ist für die Politik eine große Aufgabe. Es bedarf hier zusätzlicher landesrechtlicher Regelungen, um die Interessen und den Sachverstand von Planungsbetroffenen in alle relevanten Bau- und Planungsprozesse einzubeziehen. Beispielsweise muss endlich auch im Baugenehmigungsverfahren eine verbindliche BürgerInnenbeteiligung eingeführt werden. In den Bauplanungsverfahren muss aus der bestehenden Mitwirkung die Mitbestimmung von BürgerInnen werden.

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, aus Planungsbetroffenen mitplanende und mitentscheidende BürgerInnen zu machen? Wenn ja: Wie?

Wir setzen uns auch in unserem Programm für Mitbestimmung der Bürger:innen ein - generell sollten die Betroffenen von Beginn an an Diskussionen über die Baumaßnahmen teilnehmen können. Hierfür müssen Maßnahmen getroffen werden, damit Zielvorgaben erreicht werden und eine konstruktive Zusammenarbeit möglich ist.

2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die BürgerInnenbeteiligung für Bauträger keine Empfehlung bleibt, sondern eine verbindliche, zu kontrollierende Verpflichtung wird? Wenn ja: Wie?

Die Einbeziehung der Bürger:innen soll für die Bürger:innen selbst freiwillig, aber für die Bauträger verpflichtend sein. Der Bauträger muss nachweisen, dass er die Bürger:innen rechtzeitig informiert hat und Möglichkeiten zur Beteiligung eingeräumt hat.

## BAURECHT/FLÄCHENPLANUNG

Der Flächennutzungsplan (FNP) 2015, also die vorbereitende Bauleitplanung, der Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP) 2030 und die Bauordnung für Berlin (BauO Bln) sind die Grundlagen aller Arten des Planens und Genehmigens von Verdichtungen. Die neuen Anforderungen an die Stadtentwicklung, die sich aus Klimawandel und Pandemie ergeben, müssen schnellstmöglich in die einschlägigen Gesetze und Planungsgrundlagen aufgenommen werden. In den Fokus gehören eine weniger verdichtete Bauweise und die Berücksichtigung des gestiegenen Bedarfs an Grün- und Sozialflächen.

1. Wie kann hier die Politik nachhaltige und bedarfsgerechte Änderungen herbeiführen? Wird sich ihre Partei für Änderungen im o. g. Sinne einsetzen?

Der Entwicklungsplan Wohnen behauptet von sich, alle Aspekte der Stadtentwicklung miteinzubeziehen. Daher seien zeitgleich mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnen auch die Stadtentwicklungspläne Zentren, Wirtschaft und Mobilität und Verkehr aktualisiert und aufeinander abgestimmt worden. Jedoch wird der zentrale Punkt unseres Klimas und der Berliner Natur außen vor gelassen. Daher ist es nötig, die einzelnen Pläne (StEP, FNP) aufeinander abzustimmen. Der bestehende Entwicklungsplan für Klima muss aktualisiert werden, und die anderen Pläne auf den Entwicklungsplan Klima unter Berücksichtigung der Grünversorgungsentwicklungspläne der Bezirke abgestimmt werden.

2. Mit welchen Instrumenten werden Sie zukünftig ein nachhaltiges und klimagerechtes Bauen und Nachverdichten steuern und kontrollieren?  
Welche Möglichkeiten sehen Sie im Rahmen des einfachen Baugenehmigungsverfahrens (§ 34 BauGB; unbeplanter Innenbereich)?

Der Gesetzgeber muss zielführend Regelungen für ein nachhaltiges und klimagerechtes Bauen schaffen. Das

eingangs vorgestellte unabhängige Gremium für Nachhaltigkeit im Bauwesen ist für die Einhaltung der Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit der Bauvorhaben zuständig und muss von Anfang an und bei jeglichen Genehmigungsverfahren involviert werden.

Dieses Gremium stellt auch sicher, dass Bauvorhaben sich nach den auf den Klimaentwicklungsplan ausgerichteten Stadtentwicklungs- und Bebauungsplänen richten.

3. Setzen Sie sich die weitere Entsiegelung von Flächen in Berlin zum Ziel?

Falls ja: Planen Sie während der nächsten Legislaturperiode ein konkretes Entsiegelungskonzept?

Ja. Im Berliner Umweltatlas im Punkt "Entsiegelungspotentiale" sind bereits öffentliche und private Flächen identifiziert worden, für die eine Entsiegelung besonders angezeigt ist. Diese Flächen haben Vorrang, weil sie teilweise dazu dienen, bestehende Grünflächen miteinander zu verbinden und so Tieren einen größeren zusammenhängenden Lebensraum zu bieten.

Darüber hinaus empfehlen wir, weitere Entsiegelungspotentiale zu ermitteln. Hier bieten sich Parkplätze und Straßen, die im Rahmen der Verkehrswende verkleinert werden können, und auch besonders breite Gehwege an, sowie alle ungenutzten übergroßen versiegelten Flächen. (Selbst wenn diese nicht als "Grünbrücken" erhalten, erlauben sie doch die Aufnahme von Regenwasser und Bepflanzung, so dass die Berliner Insekten mehr Nahrung haben.)

4. Durch Änderung der Berliner Bauordnung wurden 2006 die Gebäudemindestabstände um ca. 60% gegenüber der vorher gültigen Fassung reduziert. Erst hierdurch sind viele Nachverdichtungsvorhaben und Neubaukomplexe überhaupt möglich. Im Angesicht des Klimawandels und der einschränkenden Maßnahmen zur Pandemieeindämmung sind solche enge Gebäudeabstände inakzeptabel. Deshalb fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, die vor 2006 in der Bauordnung bestehenden Abstandsregeln erneut in Kraft zu setzen.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung? Würden Sie die Gesetzesinitiative ergreifen?

Die Gebäudemindestabstände müssen vergrößert werden, um Abkühlung und Luftaustausch besser zu gewährleisten. Im Allgemeinen soll es möglich sein, wenig Fläche für neue Gebäude aufzuwenden, so dass wir sicherlich nicht zu den Abständen von 2006 zurückkehren müssen, auch unter dem Druck, neuen Wohnraum zu erschaffen.

5. Wo sieht Ihre Partei im Neubau die räumlichen Schwerpunkte in Berlin – auch im Hinblick auf soziale Infrastruktur, Verkehrsanbindung und Nahversorgung?  
Steht Ihre Partei gegen bestimmte Vorhaben?

Vor allem in den recht eintönigen Neubausiedlungen soll die soziale Infrastruktur gestärkt werden; hier müssen Kieze geschaffen werden, die die Bedürfnisse der Anwohner befriedigen.

Weitere Punkte sind:

- Wir sind explizit gegen Bauvorhaben, die Grünflächen zerstören, beispielsweise die Bauvorhaben "Pankower Tor", "Am Sandhaus" (nahe der Moorlinse)
- Der Ausbau sicherer und breiter Fahrradwege muss Vorrang haben vor dem Ausbau neuer Straßen. Wir sind natürlich gegen den Weiterbau der A 100.
- Um die Verkehrswende einzuläuten, sollen Straßen zurückgebaut werden und auch Parkplätze wieder entsiegelt werden. Hier braucht es mehr ÖPNV und "park and ride"- Parkplätze für Haltestellen in den Randbezirken Berlins.
- Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Randgebieten, höhere Taktung
- Generell ist Neubau zu vermeiden. Aufgrund der desolaten Wohnsituation ist Neubau in vielen Fällen unvermeidbar; hier soll auf Nachhaltigkeit, Wiederverwendbarkeit und Reparierbarkeit Wert gelegt werden.

6. Im Ostteil Berlins fehlt es aufgrund einer anderen Baurechtslage in der früheren DDR an verbindlicher Bauleitplanung. Daraus ergibt sich, dass vor allem im Ostteil der Stadt eine massive, Enge erzeugende und Grünflächen zerstörende Verdichtung nach §34 BauGB erfolgt - ohne verpflichtende Berücksichtigung der Infrastruktur und ohne verpflichtende Bürgerbeteiligung. Dies wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ausdrücklich unterstützt.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die "Wild Ost"-Bebauung nach §34 BauGB ein Ende hat? Wenn ja: wie?

Es ist sinnvoll und notwendig, die Vorschriften zu vereinheitlichen. Die Unterscheidung zwischen einem Ost- und Westteil sollte nach über 30 Jahren nach der Wiedervereinigung ausgedient haben. Die Stadt ist als Ganzes zu betrachten.

## SOZIAL GERECHTE STADTENTWICKLUNG

1. Für welche Maßnahmen zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode einsetzen?

Wir werden uns für die stärkere Nutzung des Vorkaufsrechts durch die Bezirke und Berlins sechs Wohnungsbaugesellschaften einsetzen, um Wohnraumspekulationen vorzubeugen. Sowie für die Bebauung von bereits versiegelten Flächen, sofern diese nicht an den für die Luftschneise zentralen Punkten liegen. Bestehende Milieuschutzgebieten müssen erhalten bleiben und weitere geschaffen werden. Auch müssen strengere Regelungen für leerstehende Wohnungen geschaffen werden, um die Nutzung (wieder) zu ermöglichen.

2. In Barcelona gilt eine neue Regelung, um das Problem des Leerstands in der Stadt zu bekämpfen. Die Regelung zwingt Vermieter, ihre leerstehenden Objekte innerhalb eines Monats zu vermieten. Andernfalls gehen sie in den Besitz der Stadt über, die nur die Hälfte des Marktpreises der Immobilien als Entschädigung an die Besitzer zahlt. Hierdurch soll die Wohnungsnot reduziert werden, unter der viele einkommensschwache Bewohnerinnen leiden.

Wird sich Ihre Partei für diese oder eine ähnliche Maßnahme in Berlin einsetzen, um Wohnungen, die wegen Immobilienspekulation leer stehen, dem Wohnungsmarkt zu günstigen Mieten zur Verfügung zu stellen?

Ja. In Einzelfällen wurde das auch in Berlin bereits temporär umgesetzt. Die Tierschutzpartei Berlin findet, dass über mehrere Monate leerstehende Objekte, für die aktiv kein Mieter:innen gesucht wird bzw. die nicht bewohnt werden, dem Wohnungsmarkt zugeführt werden sollen.

3. Welche Lösungsansätze sehen Sie, um Immobilienspekulation mit Wohngebäuden und Bodenspekulation mit brach liegenden Bauflächen einzudämmen?

Grundsätzlich muss unterschieden werden: Einige Menschen kaufen sich eine Immobilie als Altersvorsorge, andere kaufen Wohnungen und Häuser in der ganzen Welt und spekulieren auf den Wertzuwachs. Ebenso investieren Kapitalfirmen in Wohnungen, um für ihre Anleger eine höchstmögliche Rendite herauszuholen. Die Anleger jedoch sind aber auch mittelständische Bürger:innen, die eine Rentenversicherung bei eben dieser Kapitalfirma haben. Im Augenblick sind Immobilien aus diesem Grund auch Vorsorge.

Auf der anderen Seite dürfen Immobilien (genausowenig wie die Bahn oder Krankenhäuser) keine Spekulationsobjekte sein, denn sie gehören zur Grundversorgung. Allerdings ist es dann nötig, den Bürger:innen einen anderen Weg aufzuzeigen, wie sie ihre Rente sichern können. Dieses Problem muss der Staat angehen.

Spekulationen können u.a. durch folgende Maßnahmen vermieden werden:

- Umsetzungspflicht für energetische Sanierungen
- Maßnahmen zum Verbot von Leerstand
- Behördliche Prüfung bei Eigenbedarfskündigungen mit Nachweisen
- Vereinfachte Möglichkeiten, Eigenbedarfskündigungen und "Mietervergraultechniken" zu melden

4. Welche anderen Maßnahmen (außer Neubau) für eine sozial gerechte Stadtentwicklung planen Sie?

Jeglicher Ghettoisierung und Gentrifizierung muss Einhalt geboten werden, zum Beispiel durch Förderung von Milieuschutzgebieten, Mehrgenerationenhaushalten und lebhaften, multikulturell und sozial durchmischten Kiezen.

Von grundlegender Bedeutung sind hier der soziale Wohnungsbau und bezahlbare Mieten. Sogenannte

"Schlafstädte" wie die Neubaugebiete in Hohenschönhausen und Marzahn, denen es an sozialer Infrastruktur fehlt, sollen in Zusammenarbeit mit den dortigen Wohnungsbaugesellschaften lebenswerter gestaltet werden. Es sollen Angebote geschaffen werden, die den unterschiedlichen Bedürfnissen der dort überdurchschnittlich häufig Wohnenden (Ältere, sozial Schwache, Alleinerziehende) entspricht, aber auch Klientel anspricht, das den Standorten eine größere soziale Durchmischung verspricht. Hier können beispielsweise gastronomische Angebote gefördert werden oder in schöner Lage Plätze zum Verweilen (Kunstobjekte, Mitmachobjekte, ungewöhnliche Spielplätze, Naturkunstwerke und Gärten) geschaffen werden.

VIELEN DANK FÜR IHRE STELLUNGNAHME!